

Einleitung

Thomas Fischer/Susanne Klengel/Eduardo Pastrana Buelvas

Mehr als 50 Jahre lang tobte in Kolumbien ein Bürgerkrieg. Gleichzeitig galt das Land als solide Demokratie – auch als während des Kalten Krieges in zahlreichen südamerikanischen Ländern die Militärs putschten. Auf makroökonomischer Ebene verzeichnete der Andenstaat ein kontinuierliches Wachstum, doch das Neben- und Miteinander des formalen politischen Prozesses und der politischen Gewalt prägte die Entwicklung nachhaltig. 260.000 Menschen kamen in den Auseinandersetzungen zu Tode. Rund sieben Millionen Menschen suchten als Vertriebene in den städtischen Agglomerationen Schutz und gaben der voranschreitenden Urbanisierung ihr spezielles Gepräge. Die soziale Ungleichheit erreichte im weltweiten Vergleich Spitzenwerte. Das unterfinanzierte staatliche Bildungssystem, das die Reichen, die sich die teuren privaten Schulen und Universitäten leisten können, bevorteilt, war dafür mitverantwortlich. In vielen *barrios* der Städte und in den meisten entlegenen Landesteilen ist der Staat bis heute kaum präsent, am ehesten kennt ihn die lokale Bevölkerung noch über die Armee. In diesen Räumen und Zonen herrschen andere Gesetze und Regeln als diejenigen, die von den beiden Parlamentskammern in Bogotá erlassen werden. Bewaffnete Akteure – Guerillaorganisationen, paramilitärische Gruppierungen, Mafiaklans und Jugendbanden – haben hier auf vielfältige Weise Funktionen übernommen, die üblicherweise dem Staat zugeschrieben werden. Angesichts der Konflikte zwischen bewaffneten Gewaltakteuren und staatlichen Sicherheitskräften wird die Zivilbevölkerung oftmals zum Spielball von Machtinteressen.

Keiner der an diesem gewaltsamen Aushandlungsprozess Beteiligten konnte im letzten halben Jahrhundert diesen Krieg, von dem niemand weiß, wie man ihn genau bezeichnen soll, gewinnen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Notwendigkeit zur Verhandlung zwischen den Konfliktparteien – wenn man den Konflikt beenden will. Versuche mit mehr oder weniger Erfolg hat es in den vergangenen drei Jahrzehnten viele gegeben. Der letzte aber, der im Oktober 2012 in Havanna begonnen wurde, ist der vielversprechendste. Zahlreiche kolumbianische Expert_innen und Sachverständige der internationalen Gemeinschaft hegen große Erwartun-

gen, aber auch Befürchtungen: Denn wenn der Frieden jetzt nicht gelingt, wann sonst? Aus diesem Grund haben sich die Verhandlungen zwischen der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos (seit 2010) und den 1964 gegründeten *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), der ältesten und zugleich größten Guerilla des Kontinents, so lange hingezogen. Es ging darum, endlich auch den eingangs skizzierten strukturellen Hintergrund des Konfliktes aufzuarbeiten. Neben Kuba begleiteten Venezuela, Chile und Norwegen die Verhandlungen mit besonders großem Engagement. Andere Akteure der internationalen Gemeinschaft und von Nichtregierungsorganisationen wurden ebenso wie Opferorganisationen, Frauen, die Armee und die Scientific Community einbezogen. Ende September 2016 war es soweit: Vertreter der FARC-Führung und der Regierung unterzeichneten in Cartagena in einer aufwändig inszenierten Zeremonie im Beisein zahlreicher Staatschefs und weiterer Vertreter_innen der internationalen Gemeinschaft einen Vertrag, in dem als Kernpunkt die Agrarfrage herausstach. In einem zu fast 80 % verstädterten Land könnte man annehmen, dass diese nicht (mehr) relevant sei. Doch das ist ein Trugschluss. Der Konflikt hängt bis heute entscheidend mit dem Konflikt auf dem Land zusammen. Die gerechte Vergabe von Landtiteln und die Rückgabe geraubten Landes an die *campesinos* sind entscheidend, damit Kolumbien eine friedlichere Zukunft hat. Damit hängt auch der Problembereich des Anbaus von Kokapflanzen zusammen sowie die Bekämpfung der Verarbeitung und des Exportes von Drogen durch kriminelle Organisationen. Weitere Punkte sind die Entschädigung der Opfer und der Umgang mit der gewaltsamen Vergangenheit, die Reintegration der Guerilleros in den demokratischen politischen Prozess und die Übergangsjustiz.

Dass der Aufbau eines friedlichen Zusammenlebens in Kolumbien allerdings noch Jahrzehnte dauern wird, wurde klar, als am 2. Oktober 2016 in einem Referendum eine knappe Mehrheit derjenigen, die darüber abstimmten, den Friedensvertrag ablehnte. Die Regierung sah sich daraufhin gezwungen, den Forderungen der oppositionellen Uriibisten (*Centro Democrático*) und evangelikaler Gruppierungen entgegenzukommen. Das Vertragswerk wurde insbesondere im Hinblick auf die Sonderjustiz (zu milde Strafen) und das Vermögen der FARC (Verwendung zur Entschädigung der Opfer) nachverhandelt. Außerdem kam scharfe Kritik von evangelikalen Gruppen, welche die im Friedensvertrag verwendete Geschlechterperspektive zutiefst missbilligten. Am 24. November 2016 unterzeichneten die beiden Konfliktparteien das revidierte Vertragswerk

im Teatro Colón in Bogotá, und Ende November stimmten auch der Senat und das Repräsentantenhaus dem Friedenswerk einstimmig zu. Die Gegner des Friedensvertrages waren zur Abstimmung nicht erschienen. Präsident Santos, der inzwischen neben Gabriel García Márquez (für Literatur) für sein Land den zweiten Nobelpreis (für den Frieden) erhalten hatte, drückte seine Genugtuung aus und sprach von "Hoffnung für die Kolumbianer".

Seit Anfang des Jahres 2017 sind rund 6.800 FARC-Kämpfer_innen in 19 Übergangszonen (*Zonas Veredales*) und sechs *puntos transitorios* zusammengezogen worden, wo sie ihre Waffen ablegen und der internationalen Gemeinschaft übergeben. Danach können sie eine politische Partei gründen und sich in den politischen Prozess einschalten. Die von allen Konfliktparteien begangenen Verbrechen sollen in einer eigens eingerichteten Sonderjustiz verhandelt werden. Diese ermöglicht erleichterte, respektive in soziale Arbeit umwandelbare Strafen (gegen Wahrheit) und sieht unter anderem eine teils symbolische oder nicht-materielle Entschädigung der Opfer vor. Die Formalisierung von Landbesitz für Kleinbauern und -bäuerinnen soll ebenso wie die Substitution des Anbaus von Koka in verschiedenen Landesteilen in Angriff genommen werden. Damit erweitern und vertiefen die Vereinbarungen von Havanna gesetzgeberische Bemühungen der vorangegangenen Jahre, den Krieg aufzuarbeiten und seine Ursachen zu überwinden. Bereits 2012 wurde ein Gesetz über Opfer und Rückgabe im Rahmen des Konflikts illegal enteigneter Ländereien verabschiedet. Seit 2008 setzt der *Centro Nacional de Memoria Histórica* in Bogotá die in vorherigen Jahrzehnten bereits mehrfach angegangenen Bemühungen verschiedener Kommissionen zur Aufarbeitung der Vergangenheit mit Studien zum kolumbianischen Konflikt und dessen Opfern fort. Mit den Ende 2016 in Ecuador initiierten Verhandlungen mit dem kleineren *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) soll der Frieden mit den linken Rebellengruppen vervollständigt werden.

Gleichwohl befindet sich Kolumbien noch lange nicht in einer Phase des Postkonflikts. Der Transitionsprozess hat gerade erst begonnen. In Wahrheit erfordert es jahrzehntelange Anstrengungen von allen Bevölkerungskreisen, um die Polarisierung zwischen Gegnern und Freunden des Friedens zu überwinden und sich auszusöhnen. Die diskursive Gewalt, Fake News und Polemik sowie die wirtschaftliche Macht derjenigen, die vom Krieg profitieren, sind nach wie vor sehr ausgeprägt. Der Friede muss sowohl auf diskursivem als auch auf materiellem und juristischem Gebiet

erreicht werden. Die größte und entscheidende Frage aber wird das tatsächliche und nachhaltige Engagement des Staates in jenen Zonen und Landesteilen sein, in denen er bisher kaum präsent war. Dort sind vor allen Dingen umfangreiche Investitionen in Schulen und in die Landwirtschaft sowie in die weitere Infrastruktur erforderlich. Damit dieser Vorgang überhaupt gelingt, sind nicht nur die Bereitschaft und Entscheidungen in Bogotá erforderlich. Mindestens ebenso wichtig ist, dass die Lokalbevölkerung "von unten" beginnt, Institutionen zu bauen, die mit dem Zentralstaat in einem produktiven Sinn zusammenwirken. Wenn dieses Projekt nicht rasch umgesetzt wird, droht die Gefahr, dass Mafiaorganisationen und andere bewaffnete Gruppierungen sich in diesen Räumen weiter ausbreiten und die Zivilbevölkerung für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Vor dem Hintergrund des geschilderten Szenarios sind die Herausgeberin und die Herausgeber dieses Sammelbandes der festen Überzeugung, dass man der Komplexität der kolumbianischen Gemengelage nur mit einer multiperspektivischen, multidisziplinären und vielschichtigen Information und Herangehensweise gerecht werden kann. Deshalb haben wir uns zu einer neuen Ausgabe von *Kolumbien heute* entschlossen. Zwar haben viele der 1997 veröffentlichten Aufsätze nichts von ihrer Aktualität verloren, doch hat sich in den letzten beiden Dekaden vieles rasant verändert. Dies wollen wir mit 31 für diesen Sammelband von Spezialist_innen auf ihrem Gebiet neu verfassten Aufsätzen dokumentieren. Einige Autorinnen und Autoren der ersten Ausgabe haben ihre Expertise erneut zur Verfügung gestellt. Die meisten Beiträge wurden jedoch von der ihnen nachfolgenden Generation von Wissenschaftler_innen verfasst.

Ein in den kolumbianischen Friedensprozess einführender Beitrag von David Graaff analysiert den zu Beginn geschilderten Hintergrund des Friedensprozesses und dessen Perspektiven. Der Band insgesamt ist entsprechend dem Konzept der "heute"-Reihe in vier thematische Blöcke (Landeskundliche Einführung; Politik und Gesellschaft; Wirtschaft; Kultur, Bildung, Wissenschaft) untergliedert. Thomas Fischer und Andrés Jiménez zeigen in ihrem historischen Überblick zur kolumbianischen Geschichte seit der Unabhängigkeit, dass sich in Kolumbien der Republikanismus als tragendes Element politischer Kultur etablierte. Dies führte jedoch keineswegs zu einer rechtsstaatlichen Kultur, sondern vielmehr zu einer permanenten Tendenz gewaltsamer Selbsthilfe. Ein weiterer für Kolumbien prägender Faktor ist die Kontinuität der sozialen Ungleichheit. Die Beiträge von Sabine Kurtenbach zum Verhältnis von Staatlichkeit und

Gewalt sowie von Edwin Murillo Amaris/Yamid Gabriel Lozano Torres zur Sozialstruktur unterstreichen diese Einschätzung. Benedikt Hora/Carla Marchant/Andreas Haller/Axel Borsdorf nehmen eine regionale Differenzierung vor und zeigen, wie vielschichtig die kolumbianische Raumstruktur ist. Kolumbien gilt weltweit als eines der Länder mit der größten Biodiversität. Pablo Andrés Ramos/Sebastián Restrepo-Calle analysieren die Chancen und Herausforderungen, die sich daraus ergeben. Der Beitrag von Tatjana Louis kann hierzu als Querschnittsanalyse gelesen werden. Sie zeigt, dass Kolumbiens Bevölkerung kontinuierlich in Bewegung ist. Doch wandern die Menschen meist nicht freiwillig. Der wichtigste Hintergrund der Migrationsprozesse besteht in der bis heute stark ausgeprägten strukturellen und physischen Gewalt.

Auf einzelne Aspekte von Politik und Gesellschaft gehen die Beiträge des folgenden Teils ein. Luis Felipe Vega Díaz analysiert die Grundzüge der Verfassung von 1991 und geht auf juristische Herausforderungen ein, die sich im Zuge der Friedenssuche ergeben. Ricardo Betancourt Vélez/Peter Birle skizzieren das durch die Verfassung vorgegebene institutionelle Design des politischen Systems und verweisen gleichzeitig auf dessen informelle Funktionslogiken. Jefferson Jaramillo Marín analysiert die Instrumente, Diskussionen, Kontroversen und Diskurse im Hinblick auf die Ursachen der Gewalt. Benedikt Kraus/Sven Schuster setzen sich in ihrem Beitrag zur Geschichts- und Vergangenheitspolitik kritisch mit der oft gehörten These auseinander, Kolumbien sei ein Land ohne Gedächtnis. Rainer Dombois/Luz Jeanette Quintero widmen sich der Umgestaltung und zunehmenden Atomisierung der Gewerkschaften. In diesem Zusammenhang spielt die Anwendung physischer Gewalt gegen Arbeiterorganisationen eine wichtige Rolle. Ulrich Morenz befasst sich mit ethnischen und sozialen Bewegungen, stellt ihre Motive und Themen dar und verweist auf ihre Persistenz trotz des von Gewalt gekennzeichneten Umfeldes. Teresa Huhle geht auf Frauen und Geschlechterbeziehungen ein und zeigt ebenso wie Morenz, wie stark der Einsatz von Frauen unterschiedlicher politischer Couleur und regionaler Herkunft für ihre Rechte ist. Die Rolle der katholischen Amtskirche im kolumbianischen Entwicklungsprozess und insbesondere im Hinblick auf die Friedensprozesse beleuchtet José Darío Rodríguez Cuadros, S.J. Eduardo Pastrana Buelvas/Peter Birle analysieren die Veränderungen, denen die internationale Einbindung Kolumbiens und die Außenpolitik des Andenstaates in jüngerer Zeit unterlagen. Peter

Birle untersucht außerdem die Entwicklung der deutsch-kolumbianischen Beziehungen im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts.

Im Wirtschaftsteil unterzieht Álvaro Zerda Sarmiento das Wachstum einer kritischen Analyse und arbeitet die Faktoren heraus, die dafür bestimmend sind. Der Blick richtet sich dabei insbesondere auf die Extraktionswirtschaft, die aber – so merkt der Autor kritisch an – nur wenige Arbeitsplätze schafft. Diego Vera P. analysiert die kolumbianische Handelspolitik und die Entwicklung des Außenhandels im vergangenen Jahrzehnt. Kristina Dietz geht auf das nicht nur für Kolumbien, sondern für ganz Lateinamerika typische Phänomen des Bergbaubooms ein. Sie verweist insbesondere auf die ökologischen Probleme, die der illegale Bergbau mit sich bringt. Ein weiterer Bereich der Wirtschaft, der illegale Drogensektor, wird im Beitrag von Kai Ambos beleuchtet. Ambos verweist darauf, dass der Drogensektor derzeit weniger als ein Prozent des BIP ausmache. Umso erstaunlicher sind dessen weitreichende Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik. Stephan Stober konstatiert in seinem Beitrag zum Tourismus eine ständige Zunahme ausländischer Touristen und verweist auf die großen Potentiale, aber auch auf Defizite in der kolumbianischen Hotelkultur.

Schließlich werden verschiedene Aspekte von Kultur, Wissenschaft und Bildung beleuchtet. Zunächst geben Angelika Hennecke/Hugo Lancheros einen Einblick in die Besonderheiten des kolumbianischen Spanisch und in die sprachliche Vielfalt des Landes. Reinhard Babel beleuchtet die nach wie vor von sozialer Ungleichheit gekennzeichnete Situation in Bildung und Wissenschaft, aber auch die gegenwärtigen vielversprechenden Maßnahmen zu einer effizienten Entwicklung dieses zentralen gesellschaftlichen Bereichs. Die weitreichende Macht und Wirkung einer vielschichtigen literarischen Produktion im Umfeld der Transitions- und Aufarbeitungsprozesse erläutert Susanne Klengel. Thorsten Eßer untersucht als transkulturelles, lateinamerikanisches Phänomen die verschiedenen Musikformen Kolumbiens, darunter insbesondere die international vielrezipierte *cumbia*. Peter W. Schulze zeichnet in seinem Beitrag die dynamische Entwicklung des neuen kolumbianischen Kinos nach, das in den Jahren nach 2000 eine Art von Boom erlebte. Die Performancekunst hat sich in Kolumbien, neben einer aktiven Theaterszene, einen wichtigen Ort im gesellschaftlichen Diskurs erobert. Óscar Ardila zeigt am Beispiel des *Festival de Performance de Cali*, wie sehr die Aktionskunst zur Entwicklung des Bürgersinns und gesellschaftlicher Partizipation beigetragen hat.

Ähnliches gilt für die international anerkannte zeitgenössische Kunst, die sich auf vielschichtige und originelle Weise zu den gesellschaftlichen Realitäten des Landes verhält, wie Michael Nungesser in seinem Beitrag verdeutlicht. Die hohe Relevanz dieser kreativen Ausdrucksformen für eine sich wandelnde Gesellschaft angesichts der prekären Situation des Friedensprozesses macht der Artikel von Andreas Hetzer klar, der die Medienlandschaft Kolumbiens eher pessimistisch als eine kontrollierte, abhängige und gefährdete beschreibt. Thomas Fischers Beitrag zur *narcocultura* spürt schließlich der jüngsten Vergangenheit der *narcoviolenencia* auf einer mentalen Ebene nach: Die kolumbianische Gesellschaft muss sich ihrer subkutanen Prägung durch die *narco*-Welt ebenso bewusst werden wie sie gleichzeitig stereotype Zuschreibungen von außen abzuwehren hat, um diese schwere Vergangenheit letztlich zu überwinden.

Eine von Christiane Hoth zusammengestellte Chronologie der kolumbianischen Geschichte seit der Unabhängigkeit sowie ein Personen- und Sachregister schließen den Band ab.

Mit der vorliegenden Publikation möchten die Herausgeberin und die Herausgeber einem interessierten Publikum grundlegende Informationen und Einschätzungen zur aktuellen Situation Kolumbiens vermitteln. Der Band ist nicht zuletzt von der Hoffnung getragen, dass sich die gesellschaftliche Transformation in einem komplexen Friedensprozess konstruktiv entwickeln möge.